Behördlich organisierte Kommunistenhatz!

II.

Wie das Spitzelheer organisiert wird — Wie man Haussuchungen vornimmt

Wir hatten gestern Gelegenheit, die enge Verbindung von sozialdemokratischen Ministern, Redakteuren, Reichsbannerführern und ähnlichen „ehrenwerten" Bürgern zum Zweck der Kommunistenhatz aufzuzeigen. Heute setzen wir unsere Veröffentlichungen fort.

Diesmal wird nicht der Apparat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Bewegung gesetzt, diesmal wird nicht das Reichsbanner als Kriminalpolizei benutzt, diesmal arbeitet der behördliche Apparat, der, das darf nicht vergessen werden, unter der Regie von demokratischen Musterknaben steht, den **Sozialdemokraten führen,** die dabei von der Bourgeoisie geführt werden.

Das badische Innenministerium ist in seinem Kampfe gegen die Kommunisten gewissermaßen großzügig. Ja, man kann den Spitzelorganisatoren des Sozialdemokraten Remmele die Anerkennung nicht versagen, daß sie gründlich arbeiten. Sie bespitzeln einfach alles. Sie beobachten Parteibureaus, sie geben Anweisungen über Haussuchungen heraus, sie geben Anweisungen über die Eignung der Achtgroschenjungen, die gegen die Kommunistische Partei losgelassen werden.

Wir fahren in der Veröffentlichung der Dokumente fort, die der günstige Wind uns brachte. Zunächst dieses:

M. d. J. Karlsruhe — Karlsruhe, den 27. Nov. 1924.
Rundschreiben J. R. 33/24.

An die Staatsanwaltschaften.

Es wird Veranlassung genommen, auf folgendes hinzuweisen:

Durch Uebereinstimmung der verschiedenen in Betracht kommenden Aemter soll angeordnet werden, **daß die einzelnen extremen Parteien einer scharfen Kontrolle unterzogen werden,** da anzunehmen ist, daß in den nächsten Tagen infolge der Wahlen zum Reichstag nicht gut vermieden werden kann, daß es zu Zwischenfällen kommt.

Während der Wahl und hauptsächlich nach derselben müssen die verschiedenen Organisationen, wie: Völkische Jugendverbände, **kommunistische Formationen,** ebenso in den sich neutral nennenden **Frontbanner Leute gebracht werden,** die sich bisher **in dieser Beziehung bewährt** haben, und die vor allen Dingen **klare und unter allen Umständen zuverlässige** Berichte abliefern. Es muß unterbunden werden, daß z. B. solche Berichte abgegeben werden, aus denen keine bestimmten Anhaltspunkte herausgegriffen werden können, wie dies u. a. über eine kommunistische Ortsgruppe im Oberbadischen geschehen ist, wodurch dieselbe durch falsche Maßnahmen seitens der betr. Stellen gewarnt waren.

Die Berichte von den momentan in den genannten Formationen und Parteien tätigen Leute erbitten wir möglichst bald an unseren Vertrauensmann zwecks Weiterleitung nach hier.

J. A. ges. (Name unleserlich.)

Die „in dieser Beziehung bewährten" Leute bekommen im Rundschreiben vom 17. Dez. 1924 nähere Anweisungen für ihre Tätigkeit, die gleichzeitig für die Kriminalbeamten Geltung haben. Dieses Rundschreiben sieht so aus:

M. d. J. — Karlsruhe, den 17. Dez. 1924.
Nachrichtendienst
Abteilung P. W.

An die Polizeidirektionen.

In letzter Zeit setzt in sämtlichen kommunistischen Organisationen eine lebhafte Nachrichtenpropaganda ein, ebenso Nachrichtenübermittlung. Dieselbe hat, wie aus den Rundschreiben des Reichsministeriums des Innern (Rundschreiben vom 12. Dez.) hervorgeht, besonders im Ruhrgebiet und in Süddeutschland lebhaft eingesetzt.

Es wird daher im Rundschreiben des RMDJ. folgendes angeordnet:

1. **Ueberwachung der in Frage kommenden Parteibureaus, Redaktionen, Versammlungslokale und Zusammenkunftsstätten (Wirtschaften),**
2. **Genaue Beobachtung der in 1. genannten Lokalen und Räumen verkehrenden Personen,**
3. **Feststellung, ob dauernde oder nur vorübergehende Anwesenheit der dort verkehrenden Personen,**
4. **Erhöhte Bahn- und Zugkontrolle.**

Ueber die Ergebnisse sind jedesmal sofort Berichte einzureichen.

Das **Hauptaugenmerk ist den Ausweisen zuzuwenden,** da neuerdings festgestellt worden ist, daß eine größere Anzahl von Paß-Falsifikaten Verwendung findet.

J. A. ges. Lero.

Die Erfolge solcher Rundschreiben haben sich prompt gezeigt. So wurden während des Wahlkampfes Genossen, die als Redner auftraten, verhaftet, weil ihre Pässe „nicht in Ordnung" seien.

Aber die Anweisungen waren anscheinend noch nicht konkret genug. Am Tage darauf, am 18. Dez. 1924, ging bereits ein **neues Rundschreiben** aus dem Innenministerium ab, daß sowohl den „Ueberwachungsorganen" wie den „bewährten" Leuten nochmals genauer sagt, welche Aufgaben sie haben.

Veröffentlichen wir also weiter:

M. d. J. — Karlsruhe, den 18. Dez. 1924.

Rundschreiben.

An die Polizeidirektionen.

Auf Grund des Rundschreibens des **Reichsministeriums** des Innern nehmen wir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß wir für den Bundesstaat Baden bis zum 15. Januar 1925 von folgenden Organisationen

1. Jungdeutscher Orden,
2. Großdeutsche Jugend,
3. Nationale Sturmabteilung,
4. Deutsche Partei,
5. **Kommunistische Partei,**
6. **Kommunistische Jugend,**
7. **Roter Frontkriegerbund** (soweit solcher besteht)

die Namen der Funktionäre und Gruppenleiter, ebenso der sonstigen Vertrauensorgane an die pol. Abteilung des Reichsministeriums des Innern zu melden haben.

Soweit es den einzelnen Stellen möglich ist, bitten wir um **rasche Erledigung, da wir annehmen, daß Sie über die einzelnen in Frage Kommenden bereits unterrichtet sind.**

Sollten jedoch nach Ihrer Ansicht noch irgendwelche Lücken bestehen, so ersuchen wir um raschste Vervollständigung Ihrer Listen und baldige Einsendung, **spätestens jedoch bis 15. Januar 1925.**

J. A. ges. (Name unleserlich.)

Hier wird also aufgedeckt, daß die „ehrenwerten badischen" Reichsbannerschützen mit dem Reichsinnenministerium (das damals **noch von** Jarres geleitet wurde) Verbindung haben.

Die Aufstellung von Namenslisten muß aber auch ein gewisses „positives" Ergebnis haben. Und welchen Zwecken die „Ermittelungen" dienen, wird klar, wenn man die Anweisungen über die Haussuchungen beachtet, die schon vorher herausgekommen sind.

Da gibt es einmal die Anweisung:

M. d. J. und d. K. — Karlsruhe, den 1. Dez. 1924.
Karlsruhe
Pol. Abteilung
Vertraulich!

An Herrn Oberstaatsanwalt Mickel, Mannheim.

Ich nehme Bezug auf Ihre Anfrage vom 9. Nov. und teile Ihnen mit, daß ich Ihnen Ende des Monats **die beiden Listen** (völk. und **kommu.**) zugehen lassen werde. Als vorläufige Anweisungen dienen Ihnen folgende Richtlinien:

a) **K.-Liste. Bei diesen Leuten ist hauptsächlich bei den Haussuchungen auf Waffen und Sprengstoff zu achten, weniger auf Schriftstücke und Rundschreiben.**

b) **R.-Liste.** Hier ist **hauptsächlich nach Schriftstücken zu suchen** (wöchentliche Rundschreiben von München an die Ortsgruppenleiter).

Es wird von der dortigen Stelle verlangt, daß Beamte der pol. Fahndungsabteilung verwendet werden, die die **volle Gewähr für die genaue Durchführung der ihnen erteilten Instruktionen geben.** Eine vorherige Einsendung einer Namensliste der Beamten, welche in Frage kommen, bitte ich mir aus.

J. A. ges. Fuchs, Ministerialdirektor

Versteht ihr die Gemeinheit dieser Anweisung? Völkische, versteht sich, haben keine Waffen und sind, wenn sie wirklich einmal verhaftet werden müssen, politische Gefangene. Kommunisten aber, die ein altes verrostetes Schießeisen zu Hause haben, oder bei denen eine Sprengkapsel, die zum Bäumeroden verwandt wird, gefunden wird, sind dann keine politischen Gefangenen, sondern „gemeine Verbrecher", die sich eines Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz schuldig gemacht haben!

Versteht ihr jetzt, warum es nach „amtlichen Angaben" „so wenig" politische Gefangene gibt?

Das ist einiges Material aus dem „demokratischen" Musterland Baden, wo Sozialdemokraten, Demokraten und die Kuttenträger schon seit einigen Jahren in holder Eintracht die Republik „verteidigen".

Eine einige Front ist gebildet zur Bekämpfung der revolutionären Arbeiterschaft. Sozialdemokraten, Staatsanwälte, Redakteure der Vorwärtspartei, Minister und Ministerialdirektoren wetteifern miteinander, die Kommunisten zu bespitzeln, zu unterdrücken, zu verfolgen, hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Glaubt ihr, daß es in den anderen „Freistaaten" der „Republik" anders sein wird?

Und was sich täglich in „praktischer Arbeit" vereinigt, das geht auch sonst zusammen gegen die Arbeiterklasse vor.

Jetzt hat die Dreieinigkeit der Kommunistenhetzer den Marx als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, unter dessen Regierung die badische Regierung und die badische Weimarer Koalition gegen die Kommunisten vorging.

Und dieselben Herrschaften verlangen jetzt von den revolutionären Arbeitern, sie sollen um der „Republik" willen den Führer ihrer Antikommunisten-Koalition, Wilhelm Marx, wählen. Die Arbeiter werden den ehrenwerten schwarz-rot-gelben Herrschaften etwas husten.

Trotz Polizeischikane, trotz Spitzelorganisation, trotz sozialdemokratischer Heuchelei steht die rote Front des Klassenkampfes!

Wer sich zu ihr bekennt, wählt am 26. April

Ernst Thälmann!

Alte Wahrheiten über den Kampf gegen die Monarchie

Bevor Heilmann für Barmat war, war er für Wilhelm. Ein völkisches Blatt erinnert an einen Ausspruch, den sich Heilmann 1917 in Nummer 21 der „Glocke" geleistet hat:

„Unser Feind ist das Kapital und seine Verkörperung ist viel eher das Berliner Tageblatt, als der König von Preußen, viel eher die parlamentarische Bourgeois-Republik als die preußische Beamtenverwaltung, die überwiegend geführt wird von studierten Proletariern an Vermögen und Rittern nur in der Pflicht."

Dasselbe völkische Blatt führt aus, daß das **kommunistische Manifest,** das wie kein zweites Schriftstück „zur Verwirrung der Geister beigetragen habe, im Gegensatz zu dieser Heilmann-Parole dem Proletariat empfohlen habe, mit seinem Klassenfeind, der Bourgeoisie, gemeinsam die feudale Monarchie zu schlagen.

Um der Verwirrung der Geister, die in der Tat noch kaum jemals so groß war wie jetzt, entgegenzuwirken, stellen wir fest, daß die Heilmann-Parole von 1925: „Mit Marx gegen Hindenburg!" ebenso verräterisch ist wie seine Parole von 1917: „Mit Wilhelm gegen Theodor Wolff."

Das klassenbewußte Proletariat, das für seine Diktatur kämpft, sieht in der **bürgerlichen** Demokratie einen günstigeren Kampfboden als in der Monarchie, aber es kann sich nicht zum

Wohnungslose! Wählt Thälmann!

Schutz der Demokratie mit der Bourgeoisie verbinden, weil alle Parteien der Bourgeoisie, auch die SPD., das Bündnis mit der monarchistischen Reaktion gegen das Proletariat vorziehen.

Die Arbeiter der Deutschen Werft Finkenwärder, die Berliner Betriebsräte haben die Mindestforderungen des Kompiegnes gegen den Monarchismus genannt und den ADGB. aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen.

Der englische Sozialdemokrat Lansbury über die SPD.

Lansbury schreibt in „Labour Weekly" (18. April) zur deutschen Präsidentenwahl unter anderem:

„Dies (die eventuelle Wahl Hindenburgs, die Red.) hat wenig Bedeutung in der internationalen Politik. Hindenburg ist ein alter Mann und die ihn kennen, behaupten, daß er ein dummer, alter Mann sei. Es ist kaum anzunehmen, daß er fähig wäre, irgend etwas zu tun. Auch würden es ihm seine Hintermänner nicht gestatten, so zügellos aufzutreten, wie Wilhelm; gegenwärtig ist dies nicht ihr Spiel. Hindenburgismus ist für häuslichen Verbrauch und bedeutet, daß die deutschen Arbeiter mehr noch wie bisher eins auf den Kopf bekommen sollen — obgleich auch in diesem Fall wenig Unterschied zwischen den beiden Kandidaten ist.

Aber daß es dazu gekommen ist in Deutschland, ist größtenteils die Schuld der deutschen sozialdemokratischen Partei. Seit Jahren schon hat diese Partei ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse nicht getan. Sie ist durchsetzt und korrumpiert mit kapitalistischem Geiste (korrumpiert auch in finanziellem Sinn) seit der Zeit, wo sie die Basis des Klassenkampfes verlassen, seitdem sie die Brutalitäten Noskes in der Verteidigung des deutschen Kapitalismus unterstützt und so die Schuld des Mordes an Liebknecht und Rosa Luxemburg auf sich genommen hat. Seit der Zeit ist ihre Politik die eines ständigen schwächlichen Kompromisses und sie hat die deutschen Arbeiter direkt in den Sumpf geführt."

Jeder Arbeiter muß die Schlußfolgerung aus diesem Urteil des alten englischen Sozialdemokraten Lansbury ziehen und am Wahltage stimmen für

Ernst Thälmann.

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden. — Druck: „Peuvag", Filiale Dresden. — Verantwortl. Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionszeit"
von **V. E. Tubento**
Deutsch von Eduard Schiemann
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

(20. Fortsetzung.)

Unser Telegramm geht ab und wird am übernächsten Tage dem Plenum mitgeteilt. Im Plenum wird ein wenig darüber debattiert, aber man einigt sich und bestätigt den Beschluß. Die Resolution des Präsidiums des Zentrobalt hob in Wirklichkeit Kerenskys Befehl auf.

Anläßlich des erwarteten Besuches von Seeleuten der Schwarzmeerflotte beschlossen wir, ihnen ein Begrüßungstelegramm zu senden, in dem wir ihnen mitteilten, daß wir sie mit Freude erwarteten, sie aber baten, unsere Delegation gleichfalls zu empfangen. Wir sind mit den Seeleuten der Südflotte seit langem, schon seit dem Jahre 1905 befreundet. Wir wechselten, als seien wir richtige Minister des Auswärtigen, unsere Noten und schickten einander Vertreter zu. Aber unsere Delegierten erwiesen sich als schlechte Diplomaten: kaum waren sie in Sebastopol angekommen, begannen sie schon zu skandalieren. Sie forderten sofort Koltschaks Beseitigung. Sie rissen ihm den Degen vom Leibe und warfen ihn über Bord. Der Zentrobalt hat viel „diplomatische Briefe" schreiben müssen, um zu verhüten, daß unsere Vertreter unterwegs verhaftet wurden. Man schlug die Angelegenheit mit Mühe und Not nieder, und ließ unsere Delegierten zur Berichterstattung nach Helsingfors kommen. Aber nach diesem Ereignis wurde Kerensky noch wütender auf uns. Er beschloß selbst nach Helsingfors zu fahren und uns den Kopf zu waschen.

Wir erwarteten seine drohende Ankunft und arbeiteten Gegenvorschläge aus. Auch der Kommandeur der Baltiflotte, der Helsingforser und der Kreissowjet erfuhren von dem beabsichtigten Besuch des Ministers. Es wurden sofort Beratungen abgehalten: um den Zorn des Ministers zu beschwichtigen, und einen Ausweg zu finden, wurden auch die menschewistischen und sozialrevolutionären Führer zu Beratungen eingeladen. Wie lange die Beratungen dauerten, — das weiß ich nicht, aber das Ergebnis war das folgende: zum Empfang des Ministers sollten vom Bahnhof bis zum Sowjetgebäude Truppen aufgestellt werden. Zur Strafe dafür, daß die Flotte den Minister unhöflich behandelt habe, sollen die Matrosen ganz hinten stehen. Man faßte diesen Beschluß und beruhigte sich.

Indessen nahmen an der Beratung dieser Frage nur einige Mitglieder des Zentrobalt teil und zwar solche, die mit den Menschewisten sympathisierten. Sie beteuerten, daß sie an dem Sündenfall des Zentrobalt keineswegs schuldig seien und baten die Anwesenden, ein gutes Wort bei dem Minister für sie einzulegen.

Am Abend vor der Ankunft des Ministers versammelten sich alle rebellischen Mitglieder des Zentrobalt auf der „Viola". Das Präsidium ist vollzählig. Alle sind wütend: Kerenskys Kreaturen stehlen und rauben in der Flotte, wo sie können. Wenn es so weiter geht, geht die Flotte zugrunde. Aus Wut darüber wird der Befehl der erwähnten Beratung aufgehoben: um die Arbeit der Flotte in dieser ernsten Zeit nicht zu stören, findet am Tage der Ankunft des Ministers keine Parade statt. Leute, die am Ufer spazieren gehen, können den Minister begrüßen, falls sie dazu Lust haben. Der Kommandeur der Flotte wird beauftragt, sich mit dem Armeekommando ins Einvernehmen zu setzen und die Frage der Absendung eines Orchesters zum Bahnhof zu regeln.

Kaum hatte die Obrigkeit unseren Beschluß erhalten, als auch schon der Kommandeur der Baltiflotte, die Vertreter des Helsingforser und des Kreissowjets, die menschewistischen und sozialrevolutionären Führer bei uns auf der kleinen „Viola" erschienen, trotzdem es späte Nacht war. Sie kamen und fuchtelten drohend mit ihren Aktenmappen und forderten die Zurücknahme unseres Beschlusses. Lange drohten sie uns mit Berichten und Auflösung des Zentrobalt und sogar mit der Wegnahme der kleinen „Viola". Aber der Zentrobalt blieb unerschütterlich: Wir sind auf der Welt nicht dazu da, um unsere eigenen Beschlüsse aufzuheben.

Nach langem Streiten kam man endlich zu einem Kompromiß: eine Parade findet nicht statt, die Flotte stellt das Orchester, der Minister wird von den Vorsitzenden der Sowjets, des Zentrobalt und außerdem von Vertretern der Menschewisten und Sozialrevolutionären und von dem Kommandierenden der Baltiflotte empfangen. Der Vertreter des Zentrobalt wird den Minister als letzter begrüßen. Auf diese Weise schien alles beigelegt zu sein. Der Zentrobalt muß sich nur einige „höhnische" Bemerkungen gefallen lassen: Alexander Fjodorowitsch Kerensky wird ganz gewiß nicht zu euch kommen, diese Ehre wird er euch nicht erweisen! Nun, um so besser — uns ist es lieber, wenn wir mit seiner Exzellenz nur schriftlich verhandeln werden. Am Tage der Ankunft des Ministers rief ich frühmorgens den Genossen Antonow-Owsejenko telephonisch an und erzählte ihm diese ganze unangenehme Geschichte. Ich dachte, er würde schimpfen. Aber er dachte eine Weile nach und sagte: „Gib nur auf deine Worte acht, wenn du den Minister begrüßen wirst". Im übrigen billigte er unsere Politik. Mir wurde besser zumute. Die Spannung war jetzt immerhin nicht mehr so groß.

(Fortsetzung folgt.)